Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik

Herausgeber: Widerspruch

Band: 37 (2018)

Heft: 72

Artikel: Das Wasserschloss Europas : neokoloniale Verstrickungen der Schweizer Entwicklungshilfe

Autor: Suter, Sarah

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-846972

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Sarah Suter

Das Wasserschloss Europas

Neokoloniale Verstrickungen der Schweizer Entwicklungshilfe

Die Eidgenössische Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) unterstützt durch diverse Kooperationen die Beteiligung privater Unternehmen am ausländischen Wassermanagement. Der folgende Artikel kritisiert dieses Vorgehen: Anstatt der erstrebten Nachhaltigkeit werden neokoloniale Beziehungen gefördert.

Die Schweiz lebt in einem scheinbaren Wasserüberfluss: Hier entspringen viele der Flüsse, die anschliessend durch Europa ziehen, die grüne Landschaft ist geprägt von Seen. Trinkwasser gibt es gratis an öffentlichen Brunnen. Dass dieser Luxus allerdings von wirtschaftlichen Beziehungen abhängt, welche die Schweiz mit anderen Ländern unterhält, wird wohl den Wenigsten bekannt sein: Täglich werden in der Schweiz Agrar- und Industrieprodukte konsumiert, die zu 75 Prozent durch ausländische Wasserreserven gespeist wurden. Bloss ein Viertel wird durch heimische Vorkommen gedeckt (Blanc u. a. 2013, 13). Die Wassermenge, die für die Produktion von Gütern verwendet wird, nennt man virtuelles Wasser. Dieses Mass steht für den tatsächlichen Wasserfussabdruck eines Landes. Betrachtet man allein den Wasserverbrauch in der Schweiz, liefert dies ein trügerisches Bild. Dieser ist in den letzten Jahren stetig gesunken: Einerseits wurde die Bevölkerung sensibilisiert und wurden vermehrt wassersparende Technologien (z. B. bei Waschmaschinen oder Duschköpfen) eingesetzt. Andererseits beruht ein wesentlicher Teil der Einsparungen auf Auslagerungen, so z. B. von wasserintensiven Industriezweigen wie der Textilproduktion. Eine Studie von 2013 weist ausserdem zudem darauf hin, dass vermehrt Güter und Lebensmittel importiert werden, «die zur Herstellung viel Wasser benötigen». (Blanc u. a. 2013, 12) Würde man in der Schweiz alle konsumierten Produkte selber herstellen, würde das ein Drittel aller erneuerbaren Wasserressourcen beanspruchen (ebd., 13). Da die Schweiz aber in der Energiegewinnung stark auf Wasserkraft setzt (ebd., 16), könnte dies wiederum zu grossen Engpässen oder einem erhöhten Stromimport führen. Die DEZA leugnet diese immense Beanspruchung ausländischer Wasserressourcen nicht und schreibt, dass die Schweiz deswegen «ein Interesse und die moralische Pflicht hat, anderen Ländern mit weniger vorteilhaften Bedingungen zu helfen und aktuelle globale Wasserherausforderungen anzugehen» (DEZA 2018, 52, eigene Übersetzung). Bereits heute

haben auf der Welt 3,4 Milliarden Menschen keinen sicheren Zugang zu Wasser. Steigt der Verbrauch wie bis anhin, leben 2030 etwa vierzig Prozent der Menschheit in Regionen mit starken Wasserengpässen (DEZA 2017, 5). Wie viele deswegen zur Migration gezwungen würden, bleibt offen.

Während in der Schweiz die Trinkwasserversorgung weitgehend in öffentlichem Besitz ist und meist kommunal organisiert wird (Blanc u. a. 2013, 12), fördert die Abteilung Globalprogramm Wasser der DEZA im ausländischen Wassersektor zu rund siebzig Prozent die Beteiligung privater Unternehmen. Jährlich sollen acht bis zehn neue Projekte dazu kommen (Alabor 2017).[1] Durch sogenannte öffentlich-private Partnerschaften (PPP; von Public Private Partnership) sollen die Unternehmen einerseits zu einem nachhaltigeren Verbrauch animiert werden, andererseits sollen Private gemäss DEZA eher in der Lage sein, das nötige Investitionskapital für eine effiziente Wasserversorgung aufzubringen, als die Regierungen von Entwicklungsländern (DEZA 2). PPPs werden meist in mittel- bis langfristigen Verträgen festgehalten (15–35 Jahre), welche die Übertragung von diversen Rechten und Aufgaben an Private regeln. Die Risiken werden normalerweise zwischen dem Unternehmen und dem Staat geteilt (Romero 2015, 11). Das neoliberale Paradigma, dem die Privatisierung von Wasservorkommen folgt, statuiert, dass Wasserknappheit von einem Fehlen des freien Handels mit Wasser herrührt. Es empfiehlt den Handel mit Wasser zu liberalisieren, damit es in Regionen transferiert werden kann, die unter Knappheit leiden. Gleichzeitig sollen höhere Wasserpreise dazu anregen, Wasser einzusparen und sorgsamer damit umzugehen (Young 2013, 25; Shiva 2002, 14f.).

«Es ist interessant», schreiben die Ökonomen Reardon, Madi und Cato, «dass Nationen, sobald sie zu ökonomischen Supermächten gewachsen sind, den Gospel des freien Handels predigen – aber nicht vorher. Der Grund sollte offensichtlich sein: Die Konzerne einer Supermacht benötigen unbegrenzten Zugang zum globalen Markt für billige Ressourcen und als Abnehmer von Fertigwaren» (Reardon u. a. 2018, 224, e. Ü.). Da die DEZA an ihrer Jahreskonferenz im Februar 2018 öffentlich kommunizierte, dass «die Entwicklungszusammenarbeit künftig auch – oder vor allem – den Interessen der Schweiz dienen» soll (Zaslawski 2018), stellt sich die Frage, inwiefern auch die Schweiz von ihrem Engagement im Wassersektor durch PPPs profitiert. Stehen die scheinbar altruistischen Aspekte und Ziele der Nachhaltigkeit tatsächlich im Vordergrund? Aufbauend auf einer Kritik am neoliberalen Paradigma und dem Fakt, dass die Schweiz vermehrt die Produktion wasserintensiver Güter auslagert (Blanc u. a. 2013, 13) und gleichzeitig die Wasserkraft ausbaut (ebd., 16), verfolgt der vorliegende Artikel die These, dass die Kooperationen der DEZA mit dem Privatsektor nicht primär der Nachhaltigkeit dienen, sondern neokoloniale Beziehungen ausbauen. Neokolonialismus bezeichnet in diesem Zusammenhang das Fortsetzen kolonialer Machtstrukturen und Abhängigkeitsverhältnisse, allerdings nicht durch direkte Besetzung, sondern durch den gezielten Einsatz neoliberaler Mittel. Einerseits werden da-

durch natürliche Ressourcen ausgebeutet, andererseits geht es «darüber hinaus um die Kontrolle über politische Entwicklungen und Machtpositionen im internationalen Kontext» (Diallo 2017, 194f.).

Dubiose Zusammenschlüsse

Um «den politischen Dialog über eine bessere Nutzung der Wasserressourcen zu beeinflussen» (Bundesrat 2013), entschloss sich die DEZA zur Mitgliedschaft bei der 2030 Water Resources Group (WRG), nach eigenen Worten eine «einzigartige öffentlich-privat-zivilgesellschaftliche Kollaboration» (WRG 1, e. Ü.) der Weltbankgruppe Water Global Practice. Die PPP wurde 2008 am World Economic Forum (WEF) in Davos gegründet und verfolgt das Ziel, verschiedene Interessensvertreter zusammenzubringen, um Wasserknappheit zu reduzieren (WRG 2009, 3). Obwohl die Gruppe festhält, dass jede Region als eigenständiger Fall zu betrachten sei und Generalisierungen nichts nützten (WRG 2009, 14), ist ihre Lösung immer dieselbe: PPPs. Ob dies tatsächlich auf objektiver Forschung beruht oder auf den vertretenen Interessen innerhalb der Gruppe, ist fraglich.

Obschon sich die WRG als «öffentlich-privat-zivilgesellschaftliche Kollaboration» präsentiert, finden sich unter ihren Mitgliedern neben den Entwicklungsministerien der Schweiz, Ungarns und Schwedens lediglich global tätige Konzerne (Nestlé, PepsiCo, Coca-Cola, Dow Chemical, AB InBev, Grundfos), Entwicklungsbanken (Weltbank, Internationale Finanz-Corporation, African Development Bank, Inter-American Development Bank) und sogenannte internationale Nichtregierungsorganisationen (BRAC und International Union for Conservation of Nature) sowie Interregierungspartnerschaften (das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, das Global Green Growth Institute, Global Water Parnership, WEF) (WRG 2018, 11).[2] Nach zivilgesellschaftlichen AkteurInnen – ausser den beiden NGOs – sucht man vergebens. Interessant ist auch, dass fast alle der aufgelisteten Akteure miteinander verbandelt sind, aus denselben Konsortien entstanden sind oder am selben neoliberalen Strang ziehen. Die Schweiz war 2017 nach Ungarn die zweitgrösste Geldgeberin der Gruppe mit einem Beitrag von 1,2 Mio. US-Dollar (WRG 2018, 121). Nicht eingerechnet sind in diesem Betrag die Kosten der jahrelangen Mitarbeit von DEZA-ExpertInnen in der Entwicklung der WRG (DEZA 3). Zudem sitzt Manuel Sager, Direktor der DEZA, unter anderem auch im Regierungsrat der Gruppe (WRG 2).

Die Bandbreite an Meinungen darüber, wie globale Wasserressourcen verwaltet werden sollten, ist immens. Verschiedene Studien belegen, dass privat betriebene Wassersysteme weder zuverlässiger sind (Shiva 2002, 91) noch mehr leisten (Prasad 2008, 8f.; de Oliveira 2008) als öffentliche. Aus verschiedenen Fallstudien schliesst Naren Prasad, ehemaliger Forschungsverantwortlicher des UN-Instituts für soziale Entwicklung (UNRISD), dass der Privatsektor auch nicht

zwingend mehr in den Unterhalt investiere. Trotz solcher Einwände «haben es diese Organisationen geschafft, durch die Stärke ihrer Stimme und durch ihre Rollen in transnationalen, politischen Netzwerken, einen, wie sie es beschreiben, ‹globalen Konsens› über Wasser zu etablieren» (Goldman 2005, 243). Michael Goldman, ein Soziologe und ausgewiesener Kritiker der Weltbank, bemängelt die Unzugänglichkeit und Exklusivität globaler Foren für Wasserpolitik: Kaum jemand, ausser deren eigene Mitglieder, verfüge über die finanziellen Ressourcen, um an Foren teilzunehmen und verlässliche globale Daten zu präsentieren (ebd., 241). Die Weltbank hingegen kann gezielt diejenige Forschung betreiben, die ihre eigene Politik stützt. Dadurch kann sie die Agenda anderer Entwicklungsinstitute, Staaten und akademischer Gemeinschaften beeinflussen. Sie verfügt somit über einen kräftigen Hebel, um den Entscheidungsfindungsprozess eines kreditbedürftigen Staates zu steuern (Prasad 2008, 14).

Die Weltbank begann bereits in den 1990er-Jahren die Privatisierung von Wasservorkommen zu fördern, da viele öffentliche Wasserversorgungssysteme in Entwicklungsländern mangelhaft sind (ebd., 14). Aufgrund von finanziellen und wirtschaftlichen Krisen, Naturkatastrophen, Korruptionsfällen, falschen Kalkulationen sowie wegen Nichterfüllung von vertraglichen Bedingungen zogen sich 2002 mehrere multinationale Unternehmen aus dem Wassermanagement der Entwicklungsländer zurück. Die Weltbank änderte daraufhin ihren Kurs: Es sei zu schwierig, den Privatsektor für die Bekämpfung von Armut und für erschwingliche Preise für alle zu begeistern oder sogar das nötige Investitionskapital zu erzielen. Deshalb fördere man fortan keine reinen Privatisierungen mehr, sondern PPPs (2008, 16). Prasad unterstreicht allerdings, dass auch unter dem neuen Namen der Privatisierungstenor gleich geblieben ist (2008, 17).

Fragwürdige Wertsetzungen

VertreterInnen des neoliberalen Paradigmas verweisen auf Garrett Hardins Buch *Die Tragödie der Allmende* (engl. *Tragedy of the Commons)* von 1968. Hardin verbreitet darin die These, dass in der Allmende Weideflächen zwangsläufig übernutzt werden, da sie allen frei zugänglich sind und jeder Hirte so viel Vieh wie nur möglich halten will. Entsprechend setzt er das Fehlen von Privateigentum mit einer gesetzlosen und unkontrollierten Situation gleich. In der Realität aber werden Gemeingüter, also Commons, meist von einer lokalen Gruppe verwaltet und sind nicht einfach jedem frei verfügbar (Shiva 2002, 26). Es ist also das eigennützige Gewinninteresse, das schliesslich zur Übernutzung einer Ressource führt (Reardon u. a. 2018, 68). Die ungehinderte Profitmaximierung schliesst eine nachhaltige Nutzung von Anfang an aus.

Dennoch gibt es eifrige Verfechter, die an der Idee eines nachhaltigen Wachstums unter kapitalistischen Spielregeln festhalten. Nachhaltigkeit scheint dabei

eher als längerfristiges Wirtschaften verstanden zu werden und nicht als eine umweltschonende und naturnahe Praxis (Young 2013; WRG 2017, 2009). Die Natur oder der Mensch bleiben dem ökonomischen Wachstumsziel untergeordnet. So messen beispielsweise zahlreiche Studien die Effizienz eines Wasserversorgungssystems an der Anzahl Angestellter im Vergleich zu den verlegten Leitungen oder dem Wasservolumen (Abbott und Cohen 2009, 7). Daraus folgern sie, dass private Wasserunternehmen zwar höhere Tarife verlangen, dafür aber «effizienter» seien (de Oliveira 2008, 141–144). Dabei sind aus gesellschaftspolitischer Sicht eindeutig zusätzliche Arbeitsplätze trotz tieferen Tarifen erstrebenswert.

Die WRG benutzt zwar noch zusätzliche Indikatoren, jedoch sucht man vergebens nach solchen, die die Regenerationskapazität der Natur messen (WRG 2018, 30–31). Vielmehr warnt sie: werde der Wassersektor nicht effizienter ausgebaut, könne «mancher Bedarf nicht gedeckt werden, wodurch die dazugehörigen wirtschaftlichen oder sozialen Vorteile verloren gehen» (WRG 2009, 13, e. Ü.). Damit verschleiert die WRG die Tatsache, dass der aktuelle «Bedarf» und die kapitalistische Wirtschaftsausdehnung die benannten Probleme überhaupt erst erzeugten. Ein Projekt, das die DEZA in direkter Kooperation mit der WRG in Vietnam (2014–2017) realisierte, verdeutlicht dies: Der Projektbericht beginnt ohne Selbstironie mit der Feststellung, dass wirtschaftliches Wachstum einigen Menschen in Vietnam aus der Armut verholfen habe, allerdings auch den Druck auf eine nachhaltige Ressourcennutzung und den Umweltschutz verstärkt habe, «was voraussichtlich zukünftiges Wirtschaftswachstum behindern wird» (WRG 2017, 1, e. Ü.). Durch das Wachstum im Reis- und Kaffeeanbau sei der Grundwasserspiegel im zentralen Hochland Vietnams um zwanzig Prozent gesunken. Das vietnamesische Ministerium für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (MARD) habe deshalb bereits beschlossen, das Kaffeeanbaugebiet um sechs Prozent zu reduzieren. Da sich dies allerdings «auf die Mehrheit der 600 000 Kaffeefarmer auswirken» (ebd., 44) könnte, schlägt die WRG vor, die Bauern schulen zu lassen, wie sie Wasser einsparen könnten (ebd.).

Nestlé kauft rund zwanzig Prozent der vietnamesischen Robusta-Kaffeeproduktion und hat ein vitales Interesse an einer nachhaltigen Belieferung. Dennoch bedurfte es anscheinend einer Zahlung von 900 000 Franken durch die DEZA, um Nestlé zu bewegen, Schulungen zur Wassereinsparung zu starten (DEZA 4). Realistischerweise, schreibt die WRG, könne dadurch der Wasserverbrauch der Kaffeeproduktion um rund sechs Prozent gesenkt werden (WRG 2017, 45). Das ist jedoch viel zu wenig. Eine Studie der Universität Neuchâtel hatte berechnet, dass der Wasserbedarf um rund einen Drittel gesenkt werden müsste, damit die Versorgung auch in Zukunft gesichert ist. Obschon die DEZA dies am Rande anerkennt, betrachtet sie ihren Ansatz dennoch als «die perfekte Lösung» (DEZA 4). So argumentiert sie, dass manche Bauern durch die sparsamere Bewässerung mehr Kaffee produzieren könnten und damit «die Lebensgrundlagen von knapp zwei Millionen Menschen geschützt» würden (ebd.). Dies ist aber kei-

neswegs belegt. Gemäss eigenen Angaben der WRG ist der Kaffeeanbau nämlich kein wirklich profitables Geschäft (WRG 2017, 45). Durch die weltweite Überproduktion sind die Kaffeepreise derart gefallen (Lewis u. a. 2004), dass es mehr als fraglich ist, ob weiterhin in den Kaffeeanbau investiert werden sollte und was von der reduzierten Wassernachfrage von sechs Prozent am Ende noch übrigbleibt. Während also der Verursacher der Krise – der Kaffeeanbau – gefördert wird und die Natur noch immer tiefrote Zahlen schreibt, lobt die DEZA ihre «perfekte Lösung», die mit Entwicklungsgeldern finanziert wurde. Dies verdeutlicht, dass unter dem Strich Profit höher gewertet wird als Nachhaltigkeit. Somit stellt sich die Frage, ob die Massnahmen am Ende nicht allein Nestlé – und der Schweiz als ihrem Hauptsitz – dienen, die von noch günstigeren Kaffeepreisen profitiert.

Entpolitisierung

> «If the wars of this century were fought over oil, the wars of the next century will be fought over water.» (Ismail Serageldin, ehemaliger Vizepräsident der Weltbank, 1995, zitiert nach Shiva 2002, IX)

WasseraktivistInnen wie Maude Barlow oder Vandana Shiva machen darauf aufmerksam, dass Wasserknappheit und -überfluss nicht von Natur aus gegeben, sondern kulturell konstruiert sind und davon abhängen, wie und wofür wir Wasser verwenden (Barlow 2013, 157; Shiva 2002, 119). Wasser als knappe Ressource zu definieren, anstatt als eine, mit der schlecht umgegangen wird, spiele einzig mächtigen und profitorientierten Interessengruppen in die Hände (Barlow 2013, 158). Dies zeigt sich auch deutlich am Beispiel Brasiliens, das über zwölf Prozent des weltweiten Süsswassers verfügt (Rigby 2015). In den Jahren 2014/15 erlebte die 20-Millionenstadt São Paulo eine heftige Wasserkrise. Grosse Bevölkerungsteile wurden nur noch für wenige Stunden pro Tag oder gar nicht mehr mit Wasser versorgt (ebd.). Die Regierung führte dies auf den schwachen Niederschlag zurück. Kritische Stimmen jedoch sahen den Auslöser in der Abholzung des Amazonas und in den durch Industrie stark verschmutzten Flüssen. Wälder tragen als Wasserspeicher wesentlich zur Luftfeuchtigkeit bei, kühlen die Umgebung und fördern Regen (Watts 2017). Auch die WRG engagiert sich seit 2017 in Brasilien im Wassermanagement. Die genauen Umstände gehen aus der Projektbeschreibung nicht hervor. Die potenziellen Wasserreserven wurden allerdings bereits ausgespäht: «Brasilien verfügt über die weltweit grössten erneuerbaren Wasserspeicher (8233 km^3). Diese konzentrieren sich aber auf das Amazonasbecken, wo nur wenige Menschen leben.» (WRG 3)

Am WEF 2018 in Davos sprach der brasilianische Präsident Michel Temer von seinen Plänen, Brasilien im Namen des Wohlstands zu liberalisieren und damit

mehr Möglichkeiten für Investitionen und Handel zu schaffen (Gabriel 2018). Im Anschluss berichteten verschiedene Zeitungen über private Gespräche des Präsidenten mit diversen Führungskräften, die Interesse am Guaraní-Aquifer bekundeten, darunter die CEOs von Nestlé, Anheuser-Busch InBev, Coca-Cola und von Dow Chemical – alles Mitglieder der WRG. Der Aquifer ist der zweitgrösste Grundwasserspeicher der Welt und wird von Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay geteilt. Gleichzeitig erhielten die USA 2016 von Argentinien die Erlaubnis, vor Ort eine Militärstation zu errichten, da sie in der Region «terroristische» Aktivitäten vermuten. Auch wenn Nestlé die Absicht bestritt, Teile des Aquifers privatisieren zu wollen oder das Thema mit dem Präsidenten besprochen zu haben (Gabriel 2018), wird deutlich, dass hier soziale, ökologische und ökonomische Interessen divergieren. Trotzdem bleibt der Bevölkerung Brasiliens währenddessen nichts als Gerüchte über den Handel mit ihren natürlichen Ressourcen.

Die Foren und Treffen, an denen Regierungen und Unternehmen sich exklusiv und selbstreferenziell über mögliche (Teil-)Privatisierungen austauschen, bleiben für Aussenstehende undurchsichtig. Bekannt ist einzig, dass die WRG der Regierung eine Schlüsselrolle bei Reformprogrammen zukommen lässt, welche die Industrie zu einem effizienteren Verhalten anhalten (WRG 2009, 29). Dies geht mit der altbekannten Delegitimierung von Entwicklungsländern einher, die angeblich nicht fähig sind, eine funktionale Wasserversorgung bereitzustellen (Barlow 2013, 63). Das Resultat ist die Entpolitisierung des Managements globaler Wasserreserven. Dabei ist es weder einzusehen noch belegt, dass ein Staat wie Brasilien mit zwölf Prozent der weltweiten Süsswasservorkommen (Rigby 2015) nicht fähig sein soll, das grundlegendste Bedürfnis seiner Bevölkerung zu decken.

Dass ein Staat in der Bereitstellung der Grundversorgung scheitert, kann an vielen Faktoren liegen. Ein nur allzu bekanntes Beispiel ist die Abhängigkeit von Kreditverträgen mit der Weltbank, die meist «höchst kontroverse wirtschaftspolitische Reformen» (Eurodad 2006, 3, e. Ü.) erzwingen, wie eben die Privatisierung von Wasser (ebd., 14). Welche Verantwortung künftig noch beim Staat liegt und wie viel Einfluss privaten Unternehmen oder Akteuren wie der Weltbank zugesprochen wird, bleibt für die Bevölkerung schleierhaft. Die elaborierte Rhetorik, die man in Programmbeschrieben der WRG oder der DEZA zu PPPs findet, basiert meist auf Formulierungen, die die operative Seite verschleiern.

Fazit

Nachhaltigkeitsstrategien, die auf einem neoliberalen Paradigma gründen, gehen mit einer Erweiterung und Ausdehnung der Produktionsweise einher, da wirtschaftliches Wachstum an erste Stelle gesetzt wird. Kapitalistische Ausdeh-

nung, wettbewerbsorientierte Produktionssteigerung und Profitmaximierung verursachen wiederum Probleme wie Klimawandel, Übernutzung und Umweltverschmutzung und sind demnach zur Behebung dieser Krisen untauglich. Gefordert wird eine wirtschaftliche Liberalisierung von Wasser (Young 2013, 25), obwohl die Auswirkungen eines globalen Handels mit Wasser noch ungeklärt sind. Eine breitere Diskussion ist nötig, was wir unter Effizienz verstehen und wie wir mit Wasser umgehen, wenn eine Krise nicht nur kurzfristig verzögert, sondern verhindert werden soll. Da durchschnittlich etwa neunzig Prozent des Wassers durch Industrie und Landwirtschaft verbraucht werden (Young 2013, 6), ist es unumgänglich, den Privatsektor zur Verantwortung zu ziehen. Eine mögliche Massnahme wäre, hohen Wasserverbrauch steuerlich zu belasten. Ob private Unternehmen in PPPs tatsächlich verpflichtet werden, nachhaltige Standards einzuhalten und zu fördern, oder ob sie nur dazu «ermutigt» werden (DEZA 2), bleibt offen.

Die Tatsache, dass die Schweiz in den letzten Jahren vermehrt wasserintensive Produkte aus dem Ausland bezieht und Industriezweige auslagert (Blanc u. a. 2013, 13), während sie gleichzeitig die Wasserkraft ausbaut (2013, 16), zeigt ihr Interesse, die führende Rolle als «Wasserschloss Europas» (2013, 8) halten zu wollen. Es ist daher anzunehmen, dass Vorteile, die aus dem eingangs erwähnten Eigeninteresse der Entwicklungszusammenarbeit für die Schweiz abfallen, öffentlich nicht oder verklausuliert kommuniziert werden. Da die DEZA mit dem Globalprogramm Wasser auch das Ziel verfolgt, einen «globalen Wasser-Regierungsapparat» (engl. «a global water governance system»; DEZA 2017, 14) zu schaffen und darin die Rolle eines «anerkannten internationalen Akteurs» (engl. «a recognised international player»; 2017, 9) zu spielen, stellt sich die Frage, inwieweit sich die Schweiz über die DEZA die Kontrolle und den Zugang zu globalen Wasserreserven für Schweizer Privatunternehmen sichert. Da weder Verantwortlichkeiten noch Rechte innerhalb solcher PPPs transparent deklariert werden, kann darüber nur spekuliert werden. Durch ihre Mitgliedschaft in der WRG stützt und finanziert die DEZA allerdings eine Institution, der bereits seit Längerem ein neokoloniales Vorgehen vorgeworfen wird (z. B. Goldman 2005; Halperin). Das Risiko übernutzter oder ausgetrockneter Grundwasserquellen tragen jedoch die lokalen Bevölkerungen, deren Gemeingut an selbstreferenzielle, exklusive und intransparente Kreise verkauft wird.

Anmerkungen

1 Alabor (2017) spricht in ihrem Artikel von 45 Kooperationen. Im August 2018 findet man in der Projektdatenbank der DEZA 59 aktive Projekte zum Thema Wasser, wobei 41 den Privatsektor involvieren (DEZA 1).

2 Frühere Mitglieder waren z. B. auch Syngenta, Barilla Group, SAB Miller, New Holland Agriculture, Standard Chartered Bank (WRG 2009: 9).

Literatur

Abbott, Malcolm / Cohen, Bruce, 2009: Productivity and Efficiency in the Water Industry. Utilities Policy, Vol. 17 (3–4), 233–244

Alabor, Camilla, 2017: Umstrittene Entwicklungshelfer aus der Privatwirtschaft. www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/die-umstrittenen-entwicklungshelfer-aus-der-privatwirtschaft/story/30970164 (Abfrage 8.10.2018)

Barlow, Maude, 2013: Blaue Zukunft. Das Recht auf Wasser und wie wir es schützen können. München

Bundesrat, 2013: Antwort vom 14.8.2013 auf Anfrage 13.1044 von Wermuth Cédric, Wasserpolitik der Deza

De Oliveira, André Rossi, 2008: Brazil. In: Prasad, Naren (ed.): Social Policies and Private Sector Participation in Water Supply Beyond Regulation. Hampshire and New York

DEZA, 2018: Portfolio 2018. Global Programme Water. Auf: eda.admin.ch. https://bit.ly/2NFTxez (Abfrage 20.8.2018)

DEZA, 2017: Global Programme Water. Strategic Framework 2017–2020. Auf: eda.admin.ch. https://bit.ly/2x7aK6i (Abfrage 5.7.2018)

DEZA 1: Suche über die Projektdatenbank. Thema: Wasser. Status: Aktiv. Auf: eda.admin.ch. https://bit.ly/2Do4lAe (Abfrage 27.8.2018)

DEZA 2: Partnerschaften mit dem Privatsektor: Wirkung der Zusammenarbeit stärken. Auf: eda.admin.ch. https://bit.ly/2QrEvrd (Abfrage 20.8.2018)

DEZA 3: 2015 WEF – The SDC at the Private Water Session. Auf: eda.admin.ch. https://bit.ly/2MrfTvx (Abfrage 27.8.2018)

DEZA 4: Engagement für eine weniger wasserintensive Kaffeeproduktion in Vietnam. Auf: eda.admin.ch. https://bit.ly/2NKOvow (Abfrage 21.8.2018)

Diallo, M. Moustapha, 2017: Neokolonialismus. In: Dirk Göttsche, Alex Dunker und Gabriele Dürbeck (Hg.): Handbuch Postkolonialismus und Literatur. Stuttgart, 194–197

Eurodad, 2006: World Bank and IMF conditionality. A development injustice. Eurodad Report. June 2006.

Gabriel, Elliott, 2018: Coke, Nestle Near Ownership of World's Second Largest Aquifer. In: Mint Press News online. www.mintpressnews.com/coca-cola-nestle-to-privatize-worlds-second-largest-aquifer-in-brazil/238082 (Abfrage 20.10.2018)

Goldman, Michael, 2005: Imperial Nature. The World Bank and Struggles for Social Justice in the Age of Globalization. New Haven and London

Halperin, Sandra: Neocolonialism. In: Encyclopaedia Britannica. www.britannica. com/topic/neocolonialism (Abfrage 10.08.2018)

Lewis, Bryan / Giovannucci, Daniele / Varangis, Panayotis, 2004: Coffee Markets. New Paradigms in Global Supply and Demand. Washington D. C.

Prasad, Naren (Hg.), 2008: Social Policies and Private Sector Participation in Water Supply Beyond Regulation. Hampshire and New York

Reardon, Jack / Madi, Maria Alejandra / Cato, Molly Scott, 2018: Introducing a new Economics. Pluralist, Sustainable & Progressive. London

Rigby, Claire, 2015: São Paulo – anatomy of a failing megacity. Residents struggle as water taps run dry. www.theguardian.com/cities/2015/feb/25/sao-paulo-brazil-failing-megacity-water-crisis-rationing (Abfrage 8.10.2018)

Romero, María José, 2015: What lies beneath? A critical assessment of PPPs and their impact on sustainable development. Brüssel

Watts, Jonathan, 2017: The Amazon effect. How deforestation is starving São Paulo of water. www.theguardian.com/cities/2017/nov/28/sao-paulo-water-amazon-deforestation (Abfrage 8.10.2018)

WRG 2018: 2017 Annual Report. Scaling up for Impact. Water Security Partnerships for People, Growth, and the Environment. Washington

WRG 2017: Vietnam. Hydro-Economic Framework for Assessing Water Sector Challenges. Washington

WRG 2009: Charting Our Water Future. Economic Frameworks to Inform Decision-Making.

WRG 1: Mission and Vision. www.2030wrg.org/who-we-are/mission-vision/ (Abfrage 11.7.2018)

WRG 2: Governance. www.2030wrg.org/who-we-are/governance/ (Abfrage 20.8.2018)

WRG 3: São Paulo. www.2030wrg.org/saopaulo/ (Abfrage 22.7.2018)

WRG 4: Video Kenya 2030 WRG Partnership. In: Kenya program. 2:36min. www.2030wrg.org/kenya/ (Abfrage 11.7.2018)

Young, Michael D., 2013: Investing in Water Services Infrastructure Policies and Management. In: Mike D. Young and Christine Esau (ed.). Investing in Water for a Green Economy. Services, Infrastructure, Policies and Management. London and New York, 3–42.